Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

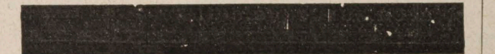
INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 49 **München, 6. Dezember 1929** **16. Jahrgang**

1929 Wochenkalender 5690	Dezember	Kislew	Bemerkungen
Sonntag	8	6	
Montag	9	7	
Dienstag	10	8	
Mittwoch	11	9	
Donnerstag	12	10	
Freitag	13	11	
Samstag	14	12	ויצא הפטרה ויברח יעקב





Das Jüdische Echo

Nummer 49 **6. Dezember** **16. Jahrgang**

Die Arbeit der Untersuchungskommission

Arabische Entlastungsoffensive

Jerusalem, 25. November. (JTA.) Im Verlauf der weiteren Vernehmung des Chefsekretärs Luke durch die britische Untersuchungskommission brachte der arabische Anwalt, Auni Bey Abdul Hadi, zur Sprache, daß arabische Siedler aus dem Vadi Havarid-Boden vertrieben werden. Luke bemerkte dazu, eine arabische Deputation habe bei ihm in dieser Angelegenheit um eine Unterredung nachgesucht. Der Vorsitzende, Sir Walter Shaw, bemerkte, die Kommission habe soeben ein Telegramm erhalten, in welchem über die Vertreibung der Ansiedler geklagt wird.

Die weitere Vernehmung Lukes war wiederum der Erörterung der Politik der Palästinaregierung gegenüber den Arabern gewidmet. Auf eine Frage von Auni Bey bestätigte Luke, daß die Regierung 100 000 Pfund für Entschädigung an die Opfer der Unruhen bewilligt habe. Ihm sei nicht bekannt, daß bisher Araber nicht unterstützt wurden. Auni Bey blieb dabei, daß von den bisher zur Auszahlung gelangten 10 000 Pfund die Araber nichts bekommen haben. Der Anteil jüdischer höherer Zivilbeamter sei verhältnismäßig größer als der der Araber. Luke erklärte, dieses Mißverhältnis könne durch die Tatsache erklärt werden, daß viele jüdische Beamte technisch auf gewissen Gebieten technisch qualifiziert sind.

Luke lehnte es ab, die Frage zu beantworten, ob die Regierung den Verkauf von Boden an Juden begünstige. Es mag wahr sein, daß der jüdische landwirtschaftliche Betrieb kostspieliger sei als der arabische, es sei ihm aber nicht bekannt, daß die jüdische Produktion geringer als die arabische ist.

Luke trat der Behauptung Auni Beys entgegen, daß beschlossen sei, das Jüdische Nationalheim zu errichten, ohne daß darnach gefragt werden soll, ob die Araber dadurch benachteiligt werden oder nicht. Luke erklärte, die alten jüdischen Kolonien haben dem ganzen Lande Nutzen gebracht. Sir Walter Shaw wies auf die Bestimmung im Mandat hin, daß die zivilen Rechte der arabischen Bevölkerung geschützt werden sollen. Das liberale Kommissionsmitglied, Hopkins Morris, ergänzte diese Bemerkung durch den Hinweis, daß bürgerliche Rechte ja nicht verletzt werden, wenn der Bodenverkauf legal durchgeführt werde. Sir Boyd Merriman fügte noch hinzu, daß das Gesetz Entschädigung für Araber vorsieht, die den verkauften Boden vorher benutzt hatten, auch wenn sie keine Eigentumsrechte auf diesen Boden haben. Stoker verlas Artikel 6 des Mandats, das den Juden Staats- und Brachländer in Aussicht stellt, und sagte, dies bedeute eine Härte für die Araber. Er erwähnte aber nicht die Tatsache, daß bisher nur Arabern Boden geschenkt wurde und daß die Juden noch keinen Boden gemäß Artikel 6 des Mandates bekommen haben. Luke verlas einen Abschnitt aus dem Bericht der Palästinaregierung für 1927, aus dem hervorgeht, daß durch die erhöhte Einwanderung ein allgemeines Steigen der Werte, insbesondere des beweglichen Besitztums, erreicht worden sei. Hopkins Morris wies auf einen anderen Teil des Berichtes hin, in dem davon die Rede ist, daß die Kosten der Lebenshaltung um ungefähr 27 Prozent fielen. Auni Bey führte an, daß, obwohl 1927 unter den Juden Arbeitslosigkeit herrschte, die Regierung 1928 neue Einwanderung gestattet habe. Luke erklärte, der wiederkehrende Wohlstand habe die Regierung in die Lage versetzt, wieder Einwanderung zu gestatten; ihm sei nicht bekannt, daß die jüdische Einwanderung arabische Arbeitslosigkeit verursacht.

Stoker führte die Annullierung der Schuld der Stadt Tel-Awiw an die Regierung als Beweis für Begünstigung der Juden an. Luke wies demgegenüber darauf hin, daß die Regierung auch die Schulden zahlreicher anderer Munizipalverwaltungen, auch die der Jerusalemer Stadtverwaltung, gelöscht habe.

Dr. Michael A. Shamas, Graduierter des American Medical College in Beirut, erschien als erster arabischer Zeuge vor der Kommission. Durch die Aussage von Dr. Shamas sollte erwiesen werden, daß das erste Todesopfer ein Moslemit war.

Das Attentat auf Bentwich vor der Untersuchungskommission

Jerusalem, 26. November. (JTA.) Bei Beginn der Sitzung der britischen Untersuchungskommission am 25. November ergriff der Anwalt der arabischen Exekutive, W. H. Stoker, das Wort, um seinem „tiefsten Entsetzen", seinem „grenzenlosen Abscheu" und seiner uneingeschränkten Verurteilung angesichts des Attentatsversuchs auf den Oberstaatsanwalt, Herrn Bentwich, Ausdruck zu geben. Ich, mein Amtskollege Silley, die anderen arabischen Anwälte und die arabische Exekutive — fuhr Stoker fort — sind tief beunruhigt durch diese Ausschreitung und erfreut, daß das Attentat in der Hauptsache mißlungen ist. Die arabische Exekutive hat diesen Gefühlen in einem Telegramm an den High Commissioner, Sir John Chancellor, Ausdruck gegeben. Eine arabische Abordnung hat auch Herrn Bentwich heute morgen im Krankenhaus besucht. Nach Stoker gab der Regierungsanwalt Kenelm Preedy im Namen der Regierung und im eigenen Namen der tiefen Empörung über das Attentat Ausdruck. Der Anwalt der Zionistischen Exekutive, Sir Boyd Merriman, schloß sich diesem allgemeinen Ausdruck der Empörung über das Verbrechen an.

Hierauf erhob sich der Vorsitzende der Kommission, Sir Walter Shaw, zu einer Ansprache, in der er im Namen aller Mitglieder der Kommission Worte der Verdammung dieses „schrecklichen, böswilligen, verabscheuungswürdigen und törichten Verbrechens" sprach.

Der Sekretär der arabischen Exekutive, Moghanan Elias Effendie, der im Gerichtszimmer an-

wesend war, gab dem Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur gegenüber seiner Meinung Ausdruck, daß der Attentäter aus persönlichem Groll gegen Bentwich das Attentat verübt habe.

Jerusalem, 28. November. (JTA.) Major A. T. O. Lees vom Ordnungsdienst im Jerusalemer Distrikt, der von arabischer Seite als Zeuge zitiert wurde, schildert vor der Untersuchungskommission den Verlauf der Ereignisse vom 17. bis 23. August, der den Unruhen vorangegangenen Woche. Er wußte nur zu erzählen, was in dieser Zeit unter den Arabern vor sich ging, er hat während der ganzen Zeit keinen einzigen Juden gesprochen. Lees sagte aus, seiner Meinung nach habe sich die jüdische Menge an der Klagemauer am Samstag nach der arabischen Gegendemonstration ziemlich ungebührlich benommen. Er, Lees, habe eine von Panik ergriffene arabische Familie aus dem jüdischen Stadtviertel Marchnajim fortgebracht. Im Auftrage des stellvertretenden Distriktsoffiziers Cust habe sich Lees in die Dörfer begeben, um die Dorfbewohner, die um das Schicksal ihrer Verwandten in Jerusalem besorgt waren, zu beruhigen. Er versprach ihnen, daß die Regierung die Araber schützen wird. Araber des Dorfes Liftah und anderer Dörfer hatten darüber Klage geführt, daß sie von Juden angegriffen wurden, sie forderten die Durchsuchung der jüdischen Wohnungen nach Waffen. Die Juden, sagte Lees, haben mich, als ich in ihre Viertel kam, sehr kühl empfangen. Lees sprach in herabsetzendem Tone von den polnischen und russischen Juden. Am 24. August wohnte er einer Zusammenkunft im Büro des Distriktskommissärs Keith Roach bei, der auch der Groß-Mufti beiwohnte. Der Groß-Mufti fragte Herrn Keith Roach ärgerlich, warum er nicht auch die jüdischen Notabeln zusammengerufen habe, um sie zu ersuchen, Frieden zu halten. Als er, Lees, mit einigen Mukthars (Dorfältesten) durch Jerusalemer Straßen fuhr, wurde sein Auto von den Juden mit Steinen beworfen. Major Lees erzählte vor der Kommission, daß Araber getötet wurden, die Juden in ihren Häusern in Surbahr beherbergten. Sir Boyd Merriman fragte den Zeugen, wer diese Araber getötet hat. Lees antwortete, er wisse es nicht. Sir Boyd bemerkte, er als Offizier müsse es doch wissen, daß diese Araber von britischen Soldaten erschossen wurden, die sie für Plünderer hielten. Sir Boyd brachte durch sein Kreuzverhör Lees schließlich dazu, zuzugeben, daß die Juden nichts mit der Ermordung der zwei Araber in Surbahr zu tun hatten und daß die Behauptung der arabischen Exekutive, daß die Juden ihre Beschützer in Surbahr verraten hatten, keinerlei Grundlage habe.

Die Hilfssekretäre Moody und Antonius über die Rolle des Mufti

S. Moody, einer der Hilfssekretäre der Palästinaregierung, schilderte den arabischen Aufruhr am 23. August. Er wurde von der Menge für einen Juden gehalten und angegriffen. Er kam zum Mufti und forderte ihn auf, die Menge zu beruhigen. Der Mufti rief der Menge zu, kehrt in eure Häuser zurück, die Regierung wird für das vergossene Blut der Araber verantwortlich sein. Gegen Moody sprach der Mufti die Warnung aus, daß man auf die Menge nicht schießen dürfe, da sonst eine sehr ernste Situation geschaffen sein würde. Der Mufti konnte sich bei der Menge nicht mehr Gehör verschaffen, der Mob raste, und er, Moody, konnte den Mufti nur unter Schwierigkeiten in sein Haus zurückbringen.

Der Hilfssekretär George Antonius, der sich ebenfalls ausschließlich mit arabischen Angelegenheiten befaßt, sagte aus, das Weißbuch der Regierung über den Status quo an der Klagemauer habe bei den Arabern Befriedigung erweckt, aber die Verzögerung der Durchführung des Weißbuchs habe ihre Besorgnis gesteigert. Der Mufti habe ihn gewarnt und erklärt, daß eine weitere Verzögerung zu ernsten Konsequenzen führen könnte. Als der Aufruhr am 23. August ausbrach, habe der Mufti versucht, den Mob zu beruhigen. Die arabische Menge aber schrie, daß auf sie geschossen wurde, und forderte Waffen. Der Mufti habe die Menge der Moslemiten im Haram-Gebiet aufgefordert, in ihre Dörfer zurückzukehren, aber die Menge gehorchte nicht und forderte unablässig Waffen. Aus verschiedenen Distrikten trafen Meldungen ein, daß Araber von Juden massakriert worden sind. Auf seinen, Antonius', Vorschlag hat der Mufti einen Führer in die Distrikte entsandt, um die Aufgeregten zu beruhigen. Nachdem diese beiden Zeugen, die von arabischer Seite zitiert wurden, gehört worden waren, vernahm die Kommission abermals den Chefsekretär Luke in einer geheimen Sitzung.

Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung wurde der Hilfssekretär Antonius weiter vernommen. Antonius mußte zugeben, daß er der Verfasser der in den Unruhetagen herausgegebenen Bulletins gewesen sei und daß er auch die

Nachricht über die Beschlagnahme der 25 Gewehre bei Juden in Haifa, wo in Wirklichkeit nur zwei Gewehre beschlagnahmt wurden, verbreitet hat. Er klärte dies folgendermaßen auf: Der Haifaer Distriktskommissar meldete, daß 25 Juden wegen Waffenbesitzes verhaftet wurden, und da er das Wort „Juden" in diesem Zusammenhang nicht erwähnen wollte, habe er es durch das Wort „Gewehre" ersetzt. Sir Boyd wies durch Zitate nach, daß Antonius, obwohl er einen Ruf als Kenner der arabischen Presse genießt, doch falsch berichtete, als er behauptete, die arabische Presse habe ihre Befriedigung über das Regierungsweißbuch bezüglich der Klagemauer geäußert. Es erschienen mehrere Artikel, in denen gegen das Weißbuch scharf gehetzt wurde.

Auf Befragen Sir Boyds berichtete Antonius, daß der Groß-Mufti nach den Unruhen im Jahre 1921 in contumaciam verurteilt worden sei. Sir Boyd ergänzte diese Mitteilung durch die Hinweise, daß der Mufti sein Wort gebrochen habe und aus dem Lande geflohen sei, daß der damalige High Commissioner, Sir Herbert Samuel, den Mufti in die damals proklamierte allgemeine Amnestie nicht einschloß und daß der Mufti erst später auf Grund einer Sonderpetition begnadigt wurde.

J e r u s a l e m, 29. November. (JTA.) Der Aufmarsch der von der arabischen Exekutive vor die Untersuchungskommission zitierten Zeugen dauert an. Der Postbeamte Alan Watkin sagte aus, er habe am 23. August beobachtet, wie Juden vom Dache eines Hauses in der Jaffastraße Wurfgeschosse auf den vorbeiziehenden Trupp der Araber aus Liftah geschleudert haben. Viscount Erleigh, der zweite Anwalt der Zionistischen Exekutive, wies darauf hin, daß zur Zeit, wo der vom Zeugen erzählte Vorfall sich abgespielt haben soll, bereits zwei Juden, einer in der Jaffastraße und einer am Jaffator, getötet und die beiden jüdischen Schriftsteller Dr. v. Weisl und Ittamar Ben Avi verwundet worden sind.

Der britische Polizist Dove machte eine Aussage, aus der hervorgehen sollte, daß der erste Araber bereits am 23. August 12.30 Uhr von Juden getötet worden sei.

Der arabische Polizist Saleh Sayed sagte aus, er habe den tödlich verwundeten Araber, von dem Dove berichtete, noch vor 1 Uhr entdeckt. Im Hospital hat Sayed erzählt, er habe den Mann um 1.30 Uhr aufgefunden; vor der Kommission besteht er darauf, daß es vor 1 Uhr war.

Angebliche Entweihung einer Moschee Nochmals der „Misrach"

Scheich Tufik Kemal von der Moschee in dem ausschließlich von Juden bewohnten Stadtviertel Sichron Mosche sagte aus, daß in diese Moschee eingebrochen worden war. Auch sein Haus und die heiligen Gräber waren beschädigt. Nachbarn erzählten ihm, daß am 26. August frühmorgens die Juden dort eingebrochen waren.

Wissen Sie, daß Juden drei Tage lang auf Anordnung des Waad Leumi die Moschee bewachten? fragte Sir Boyd den Scheich. Scheich Tufik Kemal erwiderte, daß er dies nicht wisse.

Der Araber Abd el Kader Rashied sagte aus, am 15. August sah er eine jüdische Prozession, der eine Fahne auf Halbmast vorangetragen wurde und deren Teilnehmer mit Stöcken und Eisenstäben bewaffnet waren, auf die Klagemauer zu sich bewegen. Er folgte der Prozession. Er, der hebräisch versteht, hörte die Rufe: „Nieder mit unseren Gegnern!" „Der Buraq gehört uns, die Klagemauer gehört uns!" „Nieder mit denen, die unsere heilige Stätte schmähen!" Der Zeuge zeigte der Kommission eine Anzahl „Misrach"-Bilder, die er vor dreieinhalb Jahren in einem jüdischen Laden in der Jerusalemer Altstadt erworben hat. Sir Boyd fragte den Zeugen: Wollen Sie behaupten, daß diese Bilder das arabische Gefühl verletzten? Statt des Zeugen antwortete der Sekretär der arabischen Exekutive, Moghanan Elias Effendie. So ist es. Auf die nochmalige Frage Sir Boyds, ob auf Misrach-Bildern angebrachte Zitate aus dem Propheten Jesaja und Jeremias, die die Erlösung Zions prophezeien, Moslemiten beleidigen können, erwiderte der Zeuge: Jeder Moslem, der hört, daß Juden nach Palästina zurückkehren wollen, mag diese Rückkehr auf ein Prophetenwort basieren oder nicht, vermutet eine jüdische Angriffsabsicht.

Abdul Kader Effendie schilderte die Prozession junger Juden zur Klagemauer am Tischa b'Aw und behauptete, die jungen Juden hätten Stöcke und Eisenstäbe mit sich getragen. Unter Kreuzverhör genommen, konnte er sich nicht daran erinnern, ob wirklich und wieviel Stöcke und Eisenstäbe in der Prozession getragen wurden. Er konnte nicht angeben, ob es ein oder zwei, oder ob es 50 oder 60 waren.

Der Klagemauer-Muezzin als Zeuge

Als Zeuge erscheint Haj Hassan el Zahani, ein junger marokkanischer Araber, der als Muezzin über der Mauer während der jüdischen Kundge-

bung am Tischa b'Aw amtierte. Er sagte aus, daß er erst seit acht Monaten in Palästina weile und nicht wisse, daß es bei den Juden Sitte sei, am Tischa b'Aw zur Klagemauer zu strömen. Er wisse auch nicht, daß es bei den Juden Sitte sei, am Tischa b'Aw zum Zeichen der Trauer auf dem Boden zu sitzen; er wisse nur, daß ein Jude ihm „Esel" zugerufen hatte und ein anderer zu ihm gesagt hatte: „Deine Religon sei verflucht". Hier bemerkte der Anwalt der arabischen Exekutive, daß Zahani auch bespuckt worden sei, worauf nach ottomanischem Gesetz Gefängnis bis zu drei Jahren steht. Auf Befragen von Viscount Erleigh gab der Zeuge zu, daß der ausspuckende Jude mindestens 50 Fuß von ihm entfernt war, so daß es sich nur um ein symbolisches Spucken handelte.

Eine englische Araberfreundin vor der Kommission

Die Engländerin Miß Frances Newton, die seit 1889 mit kurzen Unterbrechungen in Haifa wohnt und die in der letzten Woche am Tisch der Anwälte der arabischen Exekutive saß, wurde heute als Zeugin vernommen und 3 Stunden lang verhört. Sie verlor oft die Beherrschung und stellte zum Schluß des Verhörs das ungewöhnliche Ansuchen, daß man ihr das Protokoll zu lesen gebe, damit sie einige von ihr leichtsinnig aufgestellten Behauptungen streichen könne. Sie ist, wie sie sagte, ein führendes Mitglied der Londoner Pro-Arab Womens National and Political League und erzählte, daß während der Militäradministration unter General Sir Louis Bols britische Beamte ihr offizielle Dokumente gezeigt hätten, damit sie in die Lage komme, die arabische Bevölkerung hinsichtlich der britischen Intentionen in Palästina zu beruhigen. Der Regierungsanwalt, Kenelm Preedy, tadelte die Zeugin wegen ihres Vertrauensmißbrauchs. Ihren weiteren Äußerungen war zu entnehmen, daß sie Herrn Jeffriers, dem damaligen Korrespondenten des „Daily Mail" in Palästina, viel Material für seine Artikel geliefert hat.

Vor 1914, sagte Miß Newton, habe sie nie von irgendwelcher Erregung hinsichtlich der arabisch-jüdischen Beziehungen gehört; als sie 1919 nach Palästina zurückkehrte, konnte sie eine Erregung unter den Arabern feststellen, die glaubten, das Land sei den Juden ausgeliefert worden. Die Juden ihrerseits haben den Arabern öfters Ursache gegeben, zu glauben, daß sie, die Juden, sich als die Herren des Landes fühlen. Sie, die Zeugin, selbst sei oft von Juden angerempelt worden. Sie, die Zeugin, habe quasi als Vertrauensagent gewirkt und sich bestrebt, den Arabern den englischen Standpunkt zu interpretieren. Sie half auch, Beziehungen zwischen den Arabern und der Administration herzustellen. Vadi Bustani (der Rädelsführer bei verschiededenen arabischen Angriffen auf Bearbeiter jüdischen Bodens) habe sie über die Bodenzwistigkeiten in Kabarra und Afuleh, wo 1925 ein Araber getötet wurde, direkt informiert. Sie habe Entscheidungen der Regierung in Bodenangelegenheiten als ungerecht empfunden.

Es entspann sich eine allgemeine Aussprache über die Bodenrechtsverhältnisse in Palästina. Zum Schlusse ihrer Aussage hielt Miß Newton eine Ansprache, in der sie ausführte, sie wollte nicht nur der Not der Araber, sondern auch der tiefen Dankbarkeit derselben gegenüber der britischen Administration für die verbesserten Erziehungs-, Gesundheits- und Rechtsverhältnisse Worte leihen.

Sir Boyd Merriman verlas einen Auszug aus dem Bericht der Palästinaregierung an die Mandatskommission des Völkerbundes über den Kabarra-Streit und protestierte dagegen, daß die Zeugin eine ihr vom Agitator Vadi Bustani erzählte Geschichte vor der Kommission als Tatsache vorbringt, ohne daß sie überhaupt die Situation zu beurteilen vermag. Der Regierungsanwalt Preedy forderte Miß Newton auf, ihre Behauptung, britische Offiziere hätten ihr vertrauliche offizielle Dokumente gezeigt, zurückzunehmen, weil sie durch diese Behauptung die Offiziere des Vertrauensbruchs beschuldigt. Miß Newton gab dieser Aufforderung nicht Folge und sagte, sie brauche Zeit, um darüber nachzudenken, was sie hier vorgebracht habe.

Weitere arabische Zeugen

Jerusalem, 1. Dezember. (JTA.) Der landwirtschaftliche Sachverständige Selim Farah, ein christlicher Araber, der von der Untersuchungskommission vernommen wurde, wies eine Palästinalandkarte des Jüdischen Nationalfonds vor, die die jüdischen Bodenerwerbungen im Tale Jezreel, im Jordan-Tal, in der Ebene Scharon und im Gebiet der Haifa-Bucht aufzeigt, und behauptete, daß arabische Bauern aus 18 Dörfern im Tale Jezreel vertrieben worden sind, um den Juden, die den Boden von außerhalb des Landes wohnenden Latifundienbesitzern gekauft haben, Platz zu machen.

In einer Verhandlungspause äußerte der arabische Anwalt Auni Bey Abdul Hadi dem Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur, Herrn Agronsky, gegenüber, die Aussage Farahs sei für den arabischen Fall sehr wichtig. Hätte die Untersuchungskommission sich geweigert, einen Bericht über die Verdrängung der Araber durch die Juden anzuhören, so hätten die arabischen Anwälte das Gerichtszimmer verlassen. Wir sind nicht so sehr daran interessiert, sagte Abdul Hady, festzustellen, wer mit dem Kampf begann. Uns interessiert auch nicht die Feststellung der unmittelbaren Ursache der Unruhen.

Die arabische Drohung, die Untersuchungskommission zu boykottieren, falls nicht diese Seite der arabisch-jüdischen Beziehungen erörtert wird, scheint die Untersuchungskommission bewogen zu haben, Aussagen anzuhören, die mit den eigentlichen Befugnissen der Kommission nichts zu tun haben, indem sie die unmittelbaren

Ursachen der Unruhen, die allein die Untersuchungskommission aufzuklären hat, gar nicht beleuchten.

In der Fortsetzung seiner Aussage berichtete Selim Farah, wie die Familie Sursook Herr des Tales Jezreel geworden ist.

Farah behauptete weiter, daß seit der Übertragung der Böden im Tale Jezreel an die Juden der Steuerertrag aus diesem Gebiet gesunken ist, was auf eine Produktionsverminderung schließen läßt. Farah mußte zugeben, daß die arabischen Bauern des Tales Jezreel entschädigt wurden und Gelegenheit bekamen, sich anderswo anzusiedeln; sie fanden sich aber, fügte er hinzu, nur darum mit dieser Regelung ab, weil sie nicht in der Lage waren, ihr Recht bei den Gerichten geltend zu machen. Der Zeuge brachte den Bau der jüdischen landwirtschaftlichen Schule am nördlichen Abhang des Tabor zur Sprache. Diese Schule wird von der Regierung aus der Hinterlassenschaft des indischen Juden Kadoorie gegen den Willen der Bewohnerschaft dieser Gegend erbaut. Demgegenüber stellt Sir Boyd Merriman fest, daß das Arrangement bezüglich der Kadoorie-Schule auf freundschaftlicher Basis getroffen wurde; statt der abgetretenen 500 Acker erhielten die Araber Eigentumsrecht auf 1700 Acker anderen Bodens. Sir Boyd widerlegte auch Farahs Behauptung, daß sich die Getreideproduktion vermindert hat. Er wies an Hand der Statistik nach, daß sich im ganzen Lande die Getreideproduktion seit der Kriegszeit erhöht hat. Was den Afulehboden betrifft, so habe der verstorbene Sir Gilbert Clayton persönlich das Abkommen mit den arabischen Pächtern bezüglich der Entschädigung getroffen. Die Pächter nahmen die Entschädigung freiwillig an mit Ausnahme einiger, die durch Jerusalemer Agitatoren aufgehetzt wurden.

Ergebnisse und Aufgaben der Untersuchungskommission

Unter dem Titel „Und die Hauptsache?" wertet Abraham Schwadron im „Davar" vom 20. November (seit diesem Tage erscheint der „Davar" wieder unter seinem Namen) die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen vor der Untersuchungskommission. Die unmittelbare Verkettung der Ereignisse vom Standpunkte der Tatsachenfeststellung aus sei im wesentlichen durchgeführt, und es hänge viel davon ab, ob noch einige Einzelheiten mehr festgestellt würden. Dagegen fehle bisher völlig eine Untersuchung über die Verhetzung, die dem Ausbruch der Unruhen vorausgegangen sei, und es scheine, daß die Regierung hierüber keinerlei Material vorbereitet habe, obwohl bereits im Verlaufe der bisherigen Untersuchung wiederholt die Fäden sichtbar geworden seien, mit deren Hilfe man den Weg zu den wirklichen Anstiftern habe finden können. Vermutlich befände sich bei der Regierung genügendes Material, um diese Frage nachzuprüfen. Die Untersuchungskommission müsse die Vorlage dieses Materials verlangen und dürfe nicht gestatten, daß diese Hauptfragen mit Stillschweigen übergangen werden. Vor allem aber fordert Schwadron, daß sich die Kommission den ersten Ursachen für die Unruhen zuwende. Die Araber behaupteten, daß diese Grundursache in der Balfour-Erklärung zu suchen sei. Darauf habe ihnen bereits Merriman mit vollem Recht geantwortet, daß gerade die Nichtausführung der Balfour-Erklärung durch die Administration zum Ausbruch der Unruhen geführt habe. Es wäre also Aufgabe der Kommission, diese jahrelang fortgesetzte systematische Verletzung unserer Rechte nachzuprüfen. Für uns läge der Schwerpunkt der Frage nicht in der Klagemauerangelegenheit, die der Mufti neuerdings wieder in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken versuche, sondern in dieser Frage der Durchführung der Politik der Balfour-Erklärung durch die Verwaltung. Zur Erläuterung der Praxis der Administration uns gegenüber teilt Schwadron die folgende bisher unbekannte Tatsache mit. Am 21. August, zwei Tage vor Ausbruch der Unruhen, sandte die Telephonverwaltung einen arabischen Beamten in die Nationalbibliothek, um dort das Telephon zu reparieren. Der Beamte kam zurück und berichtete, daß, als er das Büro der Bibliothek, wo sich das Telephon befindet, betreten habe, sich die Juden mit gezückten Messern auf ihn gestürzt hätten und es ihm nur mit Mühe möglich gewesen sei, sich zu retten. Es ist inzwischen längst festgestellt, daß an dieser Darstellung kein wahres Wort sei und der Beamte überhaupt nicht in die Bibliothek gegangen sei. Die Untersuchungskommission möge jetzt einmal feststellen, ob dieser Beamte bestraft worden sei! Schwadron kritisiert die Art, in der jüdische offizielle Körperschaften, z. B. der Bürgermeister von Tel-Awiw, sich beim Besuch der Untersuchungskommission verhalten hätten: man habe mit Recht viel über unsere Leistung im Lande gesprochen, habe es aber völlig unterlassen, zu schildern, in welcher Lage sich heute das Aufbauwerk befände und mit welcher Erbitterung wir die Unterdrückung unserer Rechte betrachteten. Die Folge dieser „taktvollen" Art sei, daß wiederum der Eindruck entstehe, als wenn die Araber Grund zur Klage hätten, die Juden aber nicht. Das sei ja auch die allgemeine Weltmeinung, die systematisch in dem Sinne beeinflußt werde, daß wir allen Grund hätten, zufrieden zu sein; denn die Kommission werde feststellen, daß wir nicht die Angreifer gewesen seien, das britische Militär schütze uns, so daß wir keinen Grund zu irgendwelchen Klagen hätten, während die Araber weiter unterdrückt seien. Wir müßten dafür sorgen, daß nicht über einer Fülle von Einzelheiten die Grundfrage vergessen würde: ob die palästinensische Verwaltung das Land entsprechend den uns durch das Mandat zugesicherten Rechten verwaltet habe.

Nachrichten aus Palästina

Luke geht in Urlaub

Jerusalem, 2. Dezember. (JTA.) Der Chefsekretär der Palästinaregierung, H. C. Luke, der während der Unruheepoche in Palästina bei Abwesenheit von Sir John Chancellor die Geschäfte des Oberkommissariats geleitet hat, und der vor einigen Tagen von der Untersuchungskommission über Ursache und Verlauf der Unruhen eingehend vernommen wurde, tritt am Mittwoch, dem 4. Dezember, einen für fünf Monate berechneten Urlaub an. Bereits vor mehreren Wochen hieß es, daß Luke kurz nach seiner Vernehmung durch die Untersuchungskommission einen längeren Urlaub antreten und wahrscheinlich nach Palästina nicht mehr zurückkehren wird.

Neuer arabischer Terror in Safed

Jerusalem, 1. Dezember. (JTA.) Ein Trupp Araber zu Pferde drang um 11 Uhr abends in das jüdische Viertel von Safed ein, obwohl in Safed noch immer der Straßenverkehr nach 8 Uhr abends verboten ist. Die Araber schleuderten Steine in ein Fenster, an dem ein Jude saß. Der Jude wurde getroffen und schwer verletzt ins Hospital verbracht. Acht Araber, von denen man annimmt, daß sie am Angriff beteiligt gewesen waren, wurden verhaftet. Eine Abordnung der jüdischen Gemeinde von Safed ersuchte den in Safed eingetroffenen Kommissar des Norddistrikts, die Zahl der in Safed stationierten britischen Polizisten sowie die Zahl der jüdischen Nachtwächter zu erhöhen, damit eine Wiederholung solcher Angriffe verhindert werde. Der Distriktskommissar versprach, diese Forderung in Erwägung zu ziehen. Er ließ sodann die arabischen Notabeln zu sich kommen und erklärte ihnen, daß jeder weitere Angriffsversuch strengstens geahndet werden wird.

Drei Araber, die Feuerwaffen aus Transjordanien nach Palästina einschmuggelten, wurden in der Nähe der jüdischen Kolonie Rosch Pineh bei Safed verhaftet.

Unruhe und Schießereien

Jerusalem, 28. November. (JTA.) Gegen das Plantagengebiet „Tel Mond" in der Nähe von Tulkram, das den Namen von Lord Melchett (Alfred Mond) trägt, wurden in der Nacht von unbekannter Seite Schüsse abgegeben; niemand wurde verletzt. Die Misrachi Kwuzah im Tale Jezreel wurde beschossen, die Telegraphendrähte zur Siedlung wurden zerschnitten.

Jerusalem, 27. November. (JTA.) Von Juden besetzte Autos wurden zwischen Jerusalem und der Gartenvorstadt Talpioth aus dem Hinterhalt beschossen, ebenso Autos, die von Tel-Awiw nach Petach Tikwah fuhren. Aus einem mit arabischen Notabeln besetzten Auto, das an der jüdischen Kolonie Tel Joseph im Tale Jezreel vorbeifuhr, wurden auf eines der jüdischen Gehöfte Schüsse abgegeben. Unter den Insassen des Autos erkannte man bestimmt Vadi Bustani, den Urheber des Überfalls auf den PJCA-Konzessionsboden in Caesaria. In der Nähe von Ramleh wurde nachts ein Araber durch einen auf ihn abgegebenen Schuß schwer verletzt. Man glaubt, daß er irrtümlich für einen Juden gehalten wurde. Ein Araber aus Liftah in der Nähe von Jerusalem gab aus einem Revolver Schüsse auf den Direktor des jüdischen Diskin-Waisenhauses in Jerusalem ab. Die Schüsse gingen fehl.

Jerusalem, 26. November. (JTA.) In der Nacht zum 24. November wurden in der im Gebiete der Haifa-Bucht gelegenen und dem rumänischen Juden Katz gehörenden Orangen- und Bananen-Plantage auf einem Gebiet von 42 Dunam sämtliche Bäume herausgerissen. Der Schaden ist enorm. Mehrere Araber sind als der Tat verdächtig verhaftet worden. Bereits in den Tagen der Unruhen im August wurde diese Farm von Arabern überfallen, die in ihr Zerstörungen verursachten. Der Schaden betrug damals etwa 10 000 Pfund.

Mehrere jüdische landwirtschaftliche Arbeiter, die jüdischen Boden im Gebiete der Haifabucht pflügten, wurden von einer vom Advokaten Fuad aus Afuleh geführten Bande Araber angegriffen und gezwungen, die Pflugarbeit einzustellen. Die Polizei hat angeordnet, daß die Arbeit bis auf weiteres nicht wieder aufgenommen werden soll. Araber wie Juden wurden zur Vernehmung vor das Polizeiamt zitiert.

Generalstreik und Zusammenstöße in Jaffa

Jerusalem, 25. November. (JTA.) Der Streik arabischer Ladenbesitzer in Jaffa als Protest gegen die Verhaftung von neun Führern der arabischen Boykottpropaganda hat sich zu einem Generalstreik entwickelt. Es besteht die Absicht, in Jerusalem und in Nablus Sympathiestreiks zu veranstalten. Außer der bereits mitgeteilten Verhaftung von acht arabischen Führern, unter ihnen Scheich Maizafer und Mishab Habbab, soll nun auch der angesehenste arabische Führer in Jaffa, Omar Bittir, verhaftet worden sein. Der Kommissar des Süddistrikts Major Campbell hat bereits den Prozeß gegen die Verhafteten eingeleitet und zunächst einen von ihnen, Mishab Habbab, zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt.

Im Verlauf des Montags versuchten arabische Massen in Jaffa, Straßenkundgebungen zu veranstalten, die aber durch Polizei verhindert wurden. Es kam dabei zu schweren Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei. Militär griff ein und stellte die Ruhe her. Panzerautomobile patrouillieren durch die Straßen. Das englische Kriegsschiff „Ramillion" kreuzt vor Jaffa.

Ungeachtet des Generalstreiks in Jaffa konnten am 24. November vierhundert mit einem Dampfer eingetroffene jüdische Einwanderer, unter ihnen zahlreiche Chaluzim, ohne besondere Schwierigkeiten in Jaffa landen.

Der Führer der arabischen Kommunisten Hamdi el Husseini, einer der Hauptanstifter der ersten Unruhen in Jaffa, gegen den, wie berichtet, ein Haftbefehl erlassen wurde, ist am 23. November

verhaftet worden. Er wurde unter der Bedingung freigelassen, daß er seinen Aufenthalt in Nazareth nimmt und sich dort täglich bei der Polizei meldet.

Arabische Boykottagitatoren erschienen auf dem Markte in Petach Tikwah und versuchten, auf die anwesenden Araber einen Druck auszuüben, daß sie nicht bei Juden kaufen. Als Polizei heraneilte, ergriffen die Agitatoren die Flucht und entkamen. Ein arabischer Arzt wurde in Jaffa durch Boykottagitatoren angegriffen und schwer mißhandelt. Britische Soldaten befreiten ihn aus seiner mißlichen Lage.

Um den Nationalfondsboden im Schaaron-Tale

Jerusalem, 25. November. (JTA.) Die Pflugarbeit auf dem von kanadischen Juden für den Jüdischen Nationalfonds erworbenen sogenannten Vadi-Havarit-Boden im Schaaron-Tale mußte auf Ersuchen des Distriktsbeamten Bailey eingestellt werden. Die mit dem Pflügen beschäftigten jüdischen Arbeiter kehrten in die nahe gelegene jüdische Kolonie Chedera zurück. Die Anordnung des Distriktsbeamten ist darauf zurückzuführen, daß Araber, die früher den Boden ohne jeden Rechtstitel benutzt haben, Entschädigungsansprüche stellen. In dieser Gegend wurden 33 000 Dunam Boden bereits auf den Namen des Jüdischen Nationalfonds registriert, weitere 15 000 Dunam werden demnächst als Eigentum des Nationalfonds eingetragen werden. Der Boden eignet sich sehr für Orangenzucht; es ist beabsichtigt, dort Angehörige des jüdischen Mittelstandes anzusiedeln. Die arabischen Anwohner stellen die Legalität des Bodenverkaufs an den Nationalfonds nicht in Frage, sie geben zu, daß sie keinerlei Rechtstitel auf den Boden besitzen. Sie haben auch vom Jüdischen Nationalfonds Entschädigung erhalten und haben daraufhin den Boden geräumt. Nunmehr sind sie wieder auf den Boden zurückgekehrt und verlangen abermals Entschädigung. Eine arabische Deputation erschien beim stellvertretenden Chefsekretär der Regierung, Herrn Mills, und klagte darüber, daß 265 arabische Familien aus dem Vadi-Havarit-Boden wenn auch ohne Rechtstitel Nutzen zogen und nun auf Grund des Bodenrechtes gewaltsam aus diesem Boden entfernt werden sollen. Die arabischen Siedler drohen, daß sie, falls ihre abermaligen Entschädigungsansprüche zurückgewiesen werden, sie vor dem Gebäude der britischen Untersuchungskommission demonstrieren werden, um zu zeigen, daß Araber durch Juden vom Boden vertrieben werden.

Der sephardische Friedhof in Jerusalem geschändet

Jerusalem, 25. November. (JTA.) Der Friedhof der sephardischen Juden in Jerusalem wurde von unerkannt gebliebenen Tätern geschändet. 20 Mazewoth (Gedenksteine) wurden zertrümmert.

Auf der Spur der Urheber der Attentate auf Ticho und Bentwich?

Jerusalem, 25. November. (JTA.) Wie der JTA-Vertreter erfährt, wurden zwei Angehörige einer der prominentesten moslemitischen Familie Jerusalems unter der Beschuldigung verhaftet, das Attentat auf den Oberstaatsanwalt Norman Bentwich angestiftet zu haben. Die Verhaftung erfolgte auf Grund der Aussagen des Attentäters Ghani Tabek.

Ein als Postbeamter beschäftigter christlicher Araber wurde unter dem Verdachte, das Attentat auf Dr. Ticho verübt zu haben, verhaftet. Er wurde gegen Kaution vorläufig auf freien Fuß gesetzt.

Eine Friedensbotschaft Bentwichs nach dem Attentat

Jerusalem, 26. November. (JTA.) Am Sonntag abends sollte Norman Bentwich in der Hebräischen Universität den Beginn der Musikvorlesungen des berühmten Pianisten und Komponisten, Prof. Schorr, früher Professor am Staats-Konservatorium in Moskau, als Vorsitzender durch eine Rede einleiten. Da er infolge des Attentats auf ihn nicht mehr erscheinen konnte, sandte er eine Kundgebung, die der Kanzler der Universität, Dr. Magnes, verlas. Nichts Ernstes ist geschehen, schrieb Bentwich, und wenn das Geschehene beitragen konnte, den Weg zum Frieden zu öffnen, wird es zum Guten sein. Ich bin überzeugt, daß wir einen Weg zum Frieden finden werden, finden müssen. Je früher die gegenseitigen Beschuldigungen aufhören, um so früher wird der Friede einkehren. Ich bitte alle, keine Proteste, Klagen und Beschwerden bei der Regierung im Zusammenhang mit meinem Fall zu erheben.

Ein arabischer Führer für Aufgabe des Kampfes gegen die Balfour-Deklaration

Jerusalem, 27. November. (JTA.) Hassan Sidki al Dejani, Mitglied des Obersten Moslemitischen Rates, tritt in dem offiziellen Organ des Rates, „Al Jamea al Arabia", für Aufgeben des Kampfes gegen die Balfour-Deklaration ein. Die Balfour-Deklaration, schreibt er, enthält nichts, was den Arabern schaden könnte. Wozu, fragt er, sich im Kampf um eine negative Forderung — Abschaffung der Balfour-Deklaration — erschöpfen? Man sollte eher die Kräfte auf eine positive Forderung: Errichtung eines Parlaments in Palästina, konzentrieren. Wenn wir diese Taktik verfolgen, schließt Hassan Sidki al Dejani, so werden wir die Sympathien der englischen Regierung, des britischen Volkes und des Völkerbundes haben.

Weitere neun Todesurteile im Zusammenhang mit dem Safed-Pogrom — Die Ermordung der Familie des Schuldirektors Afriat

Jerusalem, 28. November. (JTA.) Das Gericht in Haifa beendete heute die Verhandlung gegen eine größere Zahl Araber aus Safed, die beschuldigt waren, am Tage des Pogroms in Safed den Direktor der Misrachi-Schule Afriat und sämtliche Mitglieder seiner Familie abgeschlachtet zu haben.

Das Gericht verurteilte neun Angeklagte, unter ihnen einen Beamten des Gesundheitsdepartements der Regierung, zum Tode und einen Angeklagten zu 15 Jahren schweren Kerker. Drei der Angeklagten, unter ihnen ein Lehrer der Re-

gierungsschule in Nazareth, wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Einer der in diesem Mordprozeß Freigesprochenen war schon früher als eines anderen Mordes überführt, zum Tode verurteilt worden.

10 000 Pfund Geldbuße für den Angriff auf Beer Tuviah

Jerusalem, 25. November. (JTA.) Gegen eine Anzahl arabischer Dörfer, die in den Unruhetagen die jüdische Kolonie Beer Tuviah angegriffen und zum Teil zerstört haben, wurde eine Kollektiv-Geldbuße in der Gesamthöhe von 10 000 Pfund auferlegt.

Der Polizeikorporal Carli, der unter der Beschuldigung, „die sogenannte schwarze Liste" der Regierung jüdischen Journalisten gezeigt zu haben, am vergangenen Freitag verhaftet wurde, ist nun aus der Haft entlassen worden.

Die Regierung hat die Ernährung jüdischer Flüchtlinge eingestellt

Jerusalem, 1. Dezember. (JTA.) Die Regierung hat am 1. Dezember die Ernährung der jüdischen Flüchtlinge aus den zerstörten Kolonien eingestellt. — Das gesamte arabische Hilfswerk, das in Palästina und in den arabischen Ländern der ganzen Welt geführt wurde, hat bis jetzt einen Gesamtbetrag von 3173 Pfund erbracht.

Die Mandatskommission überläßt dem Völkerbundsrat die Entscheidung, ob eine spezielle Klagemauerkommission gebildet werden soll

Genf, 26. November. (JTA.) Wie der JTA-Vertreter erfährt, hat die Ständige Mandatskommission des Völkerbundes in ihrer Sitzung am 25. November endgültig den Text ihrer Empfehlung an den Völkerbundsrat bezüglich des Vorschlags der englischen Regierung wegen Bildung einer speziellen Kommission zur Behandlung des Klagemauerproblems formuliert. Die Kommission weist in ihrer Empfehlung an den Rat darauf hin, daß die Schaffung einer solchen speziellen Kommission nicht ganz im Sinne von Artikel 14 des Palästinamandates ist, der die Schaffung einer Kommission zur allgemeinen Behandlung der Frage der heiligen Stätten vorsieht; die Mandatskommission überläßt die Entscheidung darüber, ob dem englischen Ansuchen zu willfahren ist oder nicht, dem Völkerbundsrat. — Es steht fest, daß diese Frage auf die Tagesordnung der im Januar 1930 stattfindenden Session des Völkerbundsrates gesetzt werden wird.

Schafft Jugendheime!

Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden hat zu Beginn ihrer Schriftenreihe ein Heft herausgegeben mit dem mahnenden Titel: „Schafft jüdische Jugend- und Gemeindeheime!"

Es wird darin berichtet von den segensreichen jüdischen Settlements in Amerika, die nach dem Vorbilde des Hull-house geschaffen wurden, dessen Schöpferin die geniale Jane Adams ist. Wir werden wieder einmal erinnert an das jüdische Settlement im Eastend Londons, dessen geistiger Urheber, wie aller Settlements, Toynbee ist. — In Deutschland wurde die Idee Toynbees durch die Logen abgewandelt. Hier verlor sie ihren sozialpädagogischen Charakter zugunsten einer karitativen Note.

Einmal wurde sie rein und echt in Berlin verwirklicht: anfangs des Krieges erstand dort das Jüdische Volksheim, in dem jüdische Jugend sich eine Stätte schuf, die im Geiste Toynbees und der Jane Adams junge jüdische Menschen aller gesellschaftlichen Kreise zu gemeinsamer Arbeit, Sorgen und Denken, Lernen, Spielen und Tanz verband. — Ähnliche Versuche wurden in jenen Jahren in Hamburg und Leipzig gemacht. — Sie hatten keinen langen Bestand — denn der Krieg hatte die Reihen der Helfer und spendenden Freunde gelichtet; die Zurückbleibenden arbeiteten bis zur Erschöpfung. — Auch das Berliner Volksheim mußte nach zehnjährigem Bestand in der Inflationszeit eingehen. Gemeindliches Verständnis und gemeindliche Mittel für solche Heime fehlten damals noch.

Die Nachkriegszeit offenbarte mehr und mehr die Isoliertheit des jüdischen Menschen und führte schließlich allerorten zum Zusammenschluß jüdischer Jugend in Bünden und Vereinen. „In Hinterstuben von Wirtshäusern und sonstigen unzulänglichen Lokalitäten versammelt sich jüdische Jugend in ihren Freistunden zu Erziehungs- und Bildungsarbeit. In oft kleinen, abgeschlossenen Zirkeln, die voneinander wenig wissen, deren Abgeschlossenheit das Fremdheitsgefühl unter den Mitgliedern ein und derselben Gemeinde nur noch fördert — führen sie ein egozentrisches Vereinsleben. —

Von der Jugend Münchens wurde dieser Mangel erkannt. Ohne schon ein gemeinsames Haus zu haben, hat sie sich zu einem Jugendring zusammengeschlossen. Hoffentlich wird dieser Appell in allen Kreisen der jüdischen Jugend, auch der studentischen, vernommen. Hoffentlich baut die Gemeinde München der Jugend der Gemeinde eines nicht zu fernen Tages das Haus. Einfach und schön wünschen wir es uns, Raum genug darin für alle Alterskreise zu gemeinsamer und getrennter Arbeit und zur Feier.

„Künftige Geschlechter werden den verantwortlichen Führern der Gemeinde zu danken wissen, wenn sie Mut und Weitblick in dieser an Auflösungserscheinungen so überaus reichen Zeit aufbringen, einen neuen, aber aussichtsreichen Weg für die Neubelebung der jüdischen Gemeinde zu gehen."

Der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden sei für das Heft gedankt! Wer konstruktive Arbeit in der Gemeinde leisten will, findet einen der Wege darin aufgewiesen. G. W.

Aus der jüdischen Welt

Eine neue Friedhofsschändung

Berlin, 28. November. (JTA.) In dem kleinen Rhönstädtchen Vacha befindet sich ein Sammelfriedhof der umliegenden jüdischen Gemeinden. Dieser Tage nun mußte man die Wahrnehmung machen, daß eine Anzahl von Grabsteinen durch Steinwürfe von außen stark beschädigt wurden. Die Schriftplatten wurden völlig zertrümmert. Die Polizeibehörde fahndet nach den Tätern.

Das neue Statut der jüdischen Gemeinde Berlin genehmigt

41 Repräsentanten, 2 Vorstandsmitglieder — Neuwahlen Anfang 1931

Berlin, 29. November. (JTA.) Der von den Berliner Gemeindebehörden eingereichte Statutenentwurf für die Wahlen zur Repräsentantenversammlung ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden. Darnach endet die Wahlperiode der gegenwärtigen Repräsentantenversammlung am 31. Dezember 1930. Die neue Repräsentantenver-

sammlung wird aus 41 Mitgliedern, der Gemeindevorstand aus 11 Mitgliedern bestehen. Die Stellvertreter kommen in Fortfall.

Wahlfreier hebräischer Unterricht an den humanistischen Gymnasien Preußens

Berlin, 1. Dezember. (JTA.) Der Unterrichtsausschuß des Preußischen Landtags nahm den Antrag Prelle (Dt. Frakt.) an, wonach dafür gesorgt werden soll, daß an allen humanistischen Gymnasien wahlfreier hebräischer Unterricht erteilt werde, ohne daß den Teilnehmern daraus besondere Kosten erwachsen.

Der Jüdische Museumsverein ins Leben getreten Max Liebermann Ehrenpräsident, Eugen Landau Präsident

Berlin, 29. November. (JTA.) Am Donnerstag, dem 28. November, fand im Hotel Kaiserhof die konstituierende Versammlung des Jüdischen Museumsvereins statt.

Rechtsanwalt S. Gronemann begrüßte die Erschienenen im Namen des Gründungsausschusses. Auf seinen Antrag erfolgten die Genehmigung der Satzungen und die Wahl des Vorstandes durch Zuruf. Zum Vorsitzenden wurde Herr Generalkonsul Eugen Landau, zum Schriftführer Dr. Karl Schwarz, zum Schatzmeister Herr Eugen Caspary, zu Beisitzern wurden Adolf Donath, Dr. Max Osbron, Dr. Aron Sandler, Georg Tietz und Arnold Zweig, zum Ehrenpräsidenten Prof. Max Liebermann gewählt.

Die Nationalsozialisten gegen Hugenbergs Filmgeschäfte

Berlin, 2. Dezember. (JTA.) Die vom Führer der Berliner Nationalsozialisten Abgeordneten Dr. Goebbels herausgegebene Zeitschrift „Der Angriff" greift Hugenberg an, weil er den „alljüdischen Tendenzfilm" den Al-Jolson-Tonfilm „Der Jazzsänger" in seinen Ufatheatern laufen läßt. „Der Angriff" versteigt sich zu der folgenden Drohung: „Gelingt es Herrn Hugenberg nicht, seine Geschäftsjuden dazu zu zwingen, das deutsche Filmpublikum mit einer ekelhaften alljüdischen Propaganda zu verschonen, so wird man zur Selbsthife schreiten müssen. Die Nationalsozialisten werden nicht davor zurückschrecken, einen politischen Kampf gegen die Ufa zu führen. Wir fordern die Ufa auf, den Film „Der Jazzsänger" binnen drei Tagen vom Spielplan abzusetzen, widrigenfalls sämtlichen Nationalsozialisten im Reich geraten werden wird, die Theater der Ufa in Zukunft zu meiden."

Resultat der Wahlen in die Jüdische Gemeinderepräsentanz Leipzigs

Leipzig, 2. Dezember. (JTA.) Am Sonntag, dem 1. Dezember. wurden in Leipzig die Wahlen in die Repräsentanz der jüdischen Gemeinde durchgeführt. Die Propaganda seitens der verschiedenen Parteien war eine sehr rege. Es wurde wie gewöhnlich in zwei Sektionen (für Inländer und für Ausländer getrennt) abgestimmt; jede der Sektionen wählte ihre eigenen Abgeordneten. Fünfzig Prozent der Wahlberechtigten schritten zur Urne. In der Inländer-Sektion wurden rund 1500, in der Ausländer-Sektion rund 3000 Stimmen abgegeben. Gewählt wurden acht Liberale (alle in der Inländer-Sektion), ferner zwei Mitglieder der Jüdischen Volkspartei und ein Orthodoxer. Die Poale Zion ging ohne Mandat aus.

125jähriges Bestehen des Philantropin in Frankfurt a. M.

Berlin, 28. November. (JTA.) Am 1. Dezember begeht das Philantropin in Frankfurt a. M. die Feier seines 125jährigen Bestehens. Zur Zeit umfaßt das Philantropin (Schulwerk der Israelitischen Gemeinde) ein Reformrealgymnasium mit Realschule nebst Lyzeum und Frauenschule und einen Kindergarten. Unter demselben Patronat, aber gesonderter Leitung steht eine vollausgebaute Realschule. Die Gesamtschülerzahl beträgt über 800, die höchste seit Bestehen der Anstalt.

Hakenkreuz-Gruppe an der Frankfurter Universität verboten

Frankfurt a. M., 26. November. (JTA.) Rektor und Senat der Universität Frankfurt a. M. haben in ihrer Sitzung vom 26. November 1929 folgenden Beschluß gefaßt: „Die Hochschulgruppe Frankfurt a. M. des Nationalsozialistischen Studentenbundes wird gemäß Paragraph 41 der Vorschriften für die Studierenden Deutschlands vom 1. Oktober 1914 wegen der Beleidigung gegen die Frankfurter Universität, die in den am 21. und 22. November 1929 von dieser Gruppe verteilten Flugblättern enthalten ist, für dauernd verboten." Gegen die Verantwortlichen soll außerdem eingeschritten werden.

Kundgebung für den Hilfsverein in Aachen

Aachen, 26. November. (JTA.) In Aachen fand in diesen Tagen eine Kundgebung für den Hilfsverein der Deutschen Juden statt.

Herr Generaldirektor Alfred Leonh. Tietz (Köln) wies auf die großen Aufgaben des Hilfsvereins der Deutschen Juden in der Vor- und Nachkriegszeit hin.

Herr Dr. Wischnitzer, Generalsekretär des Hilfsvereins, gab einen Überblick über Arbeitsgebiete und Arbeitsmethoden des Hilfsvereins während seines fast dreißigjährigen Bestehens.

Die Versammlung vereinigte führende Persönlichkeiten Aachens. Es wurden sehr ansehnliche Beträge zugunsten des Hilfsvereins gezeichnet. Zum Schlusse wurde ein neungliedriges Komitee gewählt, welches die Arbeit in Aachen unter Vorsitz von Herrn Landgerichtsdirektor Dr. A. Rosenthal durchgeführt.

Die jüdischen Frontsoldaten Bayerns gegen „Stürmer"

München, 25. November. (JTA.) Auf der diesjährigen Tagung des Landesverbandes Bayern des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten wurde beschlossen, dem Ministerium des Innern einen Protest zu übermitteln gegen die Beleidigung der jüdischen Religionsgemeinschaft durch die vom nationalsozialistischen Abgeordneten Streicher in Nürnberg herausgegebene Zeitung der „Stürmer". Das Blatt trägt auf der Titelseite die Querschrift: „Die Juden sind unser Unglück." Der Landesverband erblickt hierin eine Schändung des Andenkens der 12 000 deutschen Juden, die im Weltkrieg den Tod für das Vaterland gefunden haben.

Österreichische Regierungspartei und Numerus-clausus-Parole

Wien, 1. Dezember. (JTA.) Während bisher nur außerhalb der Regierung stehende rechtsradikale Gruppen die Losung des Numerus clausus zu der ihren machten, scheint nunmehr die Numerus-clausus-Parole auch innerhalb der christlichsozialen Regierungspartei Anhänger gefunden zu haben. In einer Sitzung des Parlamentsausschusses hielt der prominente Christlichsoziale Jerzabek eine Brandrede gegen die jüdischen Studenten. Er forderte die Einführung des Numerus clausus zur Wahrung des deutschen Charakters der österreichischen Hochschulen.

Der Rektor der Wiener Universität für Numerus clausus

Wien, 27. November. (JTA.) Obwohl die scharf reaktionäre Einstellung des neugewählten Rektors der Wiener Universität, Professor Gleispach aus Anlaß der jüngsten Unruhen unzweideutig zutage trat, hat es dennoch großes Aufsehen erregt, daß der Rektor heute der völkischen deutschen Studentenschaft den Festsaal der Universität für eine Propagandaversammlung für Einführung des Numers clausus zur Verfügung gestellt und persönlich in dieser Versammlung den Vorsitz geführt hat. Die Versammlung, die stark besucht war, hat denn auch einen formellen Beschluß gefaßt, die Einführung des Numerus clausus gegen Juden zu fordern.

Dr. Leon Reich gestorben

Lemberg, 1. Dezember. (JTA.) In der Nacht zu Sonntag, den 1. Dezember, verstarb in Lemberg an den Folgen einer Blinddarmoperation der Abgeordnete des polnischen Sejm Dr. Leon Reich im Alter von 50 Jahren. Die Nachricht über das Ableben des Führers der Zionisten Galiziens hat in der Judenheit Polens starkes Mitgefühl geweckt.

Der rumänische Außenminister spricht in einer Kundgebung für den Keren Hajessod

Bukarest, 27. November. (JTA.) Die Mitglieder der Jewish-Agency für Groß-Rumänien haben sich zu einem Komitee konstituiert mit dem Ziele, die Aktionen zugunsten des Aufbaus des Jüdischen Nationalheims zu unterstützen. In der konstituierenden Sitzung hielt Nahum Sokolow eine mit großem Beifall aufgenommene Ansprache.

Die diesjährige Aktion für den Keren Hajessod in Rumänien wurde in Bukarest durch eine große Volkskundgebung eingeleitet, in der u. a. der Minister des Äußeren eine Ansprache hielt.

Eine Million Dollar für das jüdische Wohlfahrtswesen Großneuyorks

Neuyork, 28. November. (JTA.) Der bekannte jüdische Bankier Ralph Jonas in Brooklyn hat aus Anlaß der Verschmelzung des jüdischen Wohlfahrtswesens (Federation of Jewish Charities) Neuyorks und Brooklyns, die Januar 1931 sich vollziehen wird, für das jüdische Wohlfahrtswesen Großneuyorks eine Million Dollar gespendet. Ralph Jonas ist Präsident der Handelskammer von Brooklyn und Direktor der Manufacturers Trust Company.

Gründung einer Corporation für Investierungen in Palästina

Washington, 26. November. (JTA.) Unter der Leitung von Felix M. Warburg, Vorsitzenden des Administrativ-Komitees der Jewish Agency, fand im Mayflower Hotel zu Washington eine Zusammenkunft führender amerikanischer Juden statt, in der einmütig beschlossen wurde, eine auf geschäftlicher Basis stehende Corporation für Kapitalinvestierungen in Palästina zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu begründen. Ansprachen hielten u. a. Dr. Lee K. Frankel, Bernard Flexner, Asher Pierce, Israel B. Brodie, Julius Fohs und Laurence Levine. Herr Felix M. Warburg wurde ermächtigt, ein Komitee zur Organisierung der Corporation einzusetzen, welches innerhalb dreier Monate seinen Bericht zu unterbreiten haben wird. Das Ereignis des Abends war eine Ansprache des Richters am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten Louis D. Brandeis, der, seitdem er vor etwa 10 Jahren das Amt eines Präsidenten der Zionistischen Organisation Amerikas niedergelegt hat und aus der Organisation ausgetreten ist, nun zum erstenmal in der Öffentlichkeit mit einer Rede über Zionismus und Palästina hervortrat.

Der Jüdische Rat für Großneuyork fordert den Rücktritt Magnes

Neuyork, 29. November. (JTA.) Das Exekutiv-Komitee des Jüdischen Rates für Großneuyork (Jewish Council of Greater New York) hat in seiner letzten Sitzung eine Resolution gefaßt, in der Dr. Magnes, Kanzler der Hebräischen Universität in Jerusalem, dafür getadelt wird, daß er öffentliche Erklärungen abgegeben und Verhandlungen geführt hat, ohne hierzu von der Zionistischen Organisation oder der Jewish Agency autorisiert worden zu sein, daß er an ungeeigneter Stelle und zu höchst unpassender Zeit Gedanken ausgesprochen hat, die mit denen der jüdischen Siedler in Palästina und der hinter ihnen stehenden Organisationen nicht übereinstimmen, daß seine Äußerungen den Konzeptionen und den Zielen des Jüdischen Nationalheims eine falsche Deutung geben können.

Neuyork, 27. November. (JTA.) Das Administrativ-Komitee des American Jewish Congress nimmt in einer offiziellen Erklärung gegen die Ausführungen des Kanzlers der Hebräischen Universität in Jerusalem Dr. J. L. Magnes, die er bei der Eröffnung des Wintersemesters der Universität gemacht hat, Stellung.

Der Verband der jüdischen Legionäre in Amerika hat in einem Telegramm an Dr. Magnes gegen dessen Äußerungen bei der Semesterweihe an der Jerusalemer Universität protestiert.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Lehrkurse der Israelitischen Kultusgemeinde, München

Mittwoch, 11. Dezember, 20.15 Uhr: Rabbiner Dr. Leo Baerwald: **„Der Prophet Jeremias. Der Mensch und seine Sendung.“** Bibliotheksaal der Gemeinde, Herzog-Max-Straße 7/II.

Mittwoch, 11. Dezember, 21.15 Uhr: Dr. Ludwig Feuchtwanger: **„Epochen der jüdischen Selbstbehauptung seit dem Untergang des eigenen Staates.“** Bibliotheksaal der Gemeinde, Herzog-Max-Straße 7/II.

Zionistische Ortsgruppe München. Die Wahl zum Delegiertentage der Zionistischen Vereinigung für Deutschland findet auf Grund der in der „Jüdischen Rundschau" veröffentlichten Wahlbestimmungen am 14. Dezember abends an einem noch zu bestimmenden Orte nach einer von der Z. O.-G. veranstalteten Wahlversammlung sowie Sonntag, 15. Dezember, von 9 bis 10.30 Uhr im Büro der Z. O.-G., Herzog-Rudolf-Straße 1 statt. Wahlvorschläge sind bis spätestens 13. Dezember auf dem Büro einzureichen; die Wahllegitimation geht den Berechtigten im Laufe der nächsten Woche zu und ist zur Wahl mitzubringen; Reklamationen wegen Nichterhalt sind bis zum 12. Dezember auf dem Büro vorzubringen. Die Ortswahlkommission.

Der Gruppenverbandstag des Zionistischen Gruppenverbandes für Bayern fand am Sonntag, dem 1. Dezember, im Jugendheim der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg statt. Herr Dr. Meinhold Nußbaum eröffnete die recht gut beschickte Tagung und erteilte dann das Wort Herrn Kurt Blumenfeld (Berlin), der unerwarteterweise aber freudig begrüßt, erschienen war, zu einem Referat über die augenblickliche politische Lage und die Situation in der Z. V. f. D. Nach Herrn Blumenfeld entwickelte Herr Dr. Kollenscher seine gegenteiligen Auffassungen. in der Debatte, die den größten Teil der Nachmittagssitzung in Anspruch nahm beteiligten sich Dr. Nußbaum, Dr. Emrich, Dr. Bernhard Bamberger, J.-R. Dr. Elias Straus und die Referenten. Darauf erstattete Herr Dr. Kollenscher ein Referat über zionistische Gemeindearbeit; Herr J.-R. Dr. Elias Straus sprach über die im Jahre 1930 stattfindenden Verbandswahlen. Es wurde beschlossen, unter allen Umständen den Wahlkampf durchzuführen; eine Kommission soll genaue Pläne ausarbeiten. Schließlich wurde noch der alte Vorstand des Gruppenverbandes im wesentlichen wieder gewählt.

Jungzionistischer Arbeitskreis München. Die allwöchentliche Zusammenkunft findet jeden Dienstag, abends ab 9 Uhr, im Nebenzimmer des Restaurant Schwarz, Schlosserstraße, statt.

Die **„Kadimah"**, Bund jüdischer Pfadfinder, veranstaltet am Samstag, dem 21. Dezember, abends 8 Uhr, im Cherubinsaal (Hotel vier Jahreszeiten) eine großangelegte Chanukkahfeier, zu der ein bedeutender Leipziger Führer nach München kommt und einige Worte über Ziele und Arbeit der „Kadimah" in Deutschland sprechen wird. Auch sonst wird das sehr vielseitige Programm dem Besucher viel bieten können. Karten zu 1 RM. und 50 Rpf. sind in der „Ewer"-Buchhandlung, Ottostraße 2 zu haben.

Jüdischer Gesangverein. Das Konzert des Vereins findet heute Abend 8.15 Uhr im Odeon statt; das interessante Programm und die hervorragenden Solisten lassen einen vollen Erfolg erwarten.

Kinder-Chanukkahfest

Mittwoch, den 18. Dezember, pünktlich 4 Uhr, veranstaltet der Jüdische Kindergarten im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1/0, sein Chanukkahfest. Da nur ein beschränkter Raum verfügbar ist, werden die Interessenten gebeten, sich Karten vorher im Kindergarten zu holen. Täglich 9 bis 12 Uhr Herzog-Rudolf-Straße 1/I. Erwachsene 1 RM., Kinder 50 Rpf.

Bar-Kochba, Mädchen-, Damen- und Kinderabteilung. Die Mädchenabteilung turnt jeden Montag von 6 bis 7 Uhr, die Damenabteilung I von 7 bis 8 Uhr, die Damenabteilung II von 8 bis 9 Uhr in der Luisenschule. Die Kinderabteilung I turnt jeden Mittwoch nachmittag von 3 bis 4 Uhr, die Kinderabteilung II von 4 bis 5 Uhr im Turnsaal der Jüdischen Volksschule an der Herzog-Rudolf-Straße. Sämtliche Turnerinnen werden aufgefordert, regelmäßig und pünktlich am Turnboden zu erscheinen.

Jüdischer Jugendverein

I. **Vortragsabende:** Am Donnerstag, dem 12. Dezember, 20.30 Uhr (Lessingsaal), wird Herr Rechtsanwalt Dr. Alfred Werner, der verdienstvolle Vorsitzende des CV. und RJF., seine sicherlich originellen Gedanken über „Europäisches Judentum" entwickeln, die voraussichtlich eine wertvolle Ergänzung des mit so großem Beifall aufgenommenen Dr. Wallersteinschen Referates über „Napoleon und die französischen Juden" und ihre Anziehungskraft auf weiteste Kreise der Kultusgemeinde nicht verfehlen werden.

II. **Arbeitsgemeinschaften:** Bibliotheksaal, 20.30 Uhr.

1. Bibelkurs. Leiter: Präparandenlehrer Hirnheimer. „Der Prophet Hosea." Alle 14 Tage (10. Dezember 1929, 7. Januar 1930).
2. Diskussionsabende. Leiter: Dr. Siegfr. Keßler. „Das Judentum und seine Umwelt." Alle 14 Tage (17. Dezember 1929, 14. Januar 1930).

III. **Freitagabendfeiern:** Die Freitagabendfeiern finden regelmäßig in der Herzog-Max-Straße 3/I um 20.30 Uhr statt. (Leitung: Abwechselnd die Herren Lehrer Adler, Oberlehrer Dr. Keßler, Professor Dr. Klugmann, Studienrat Schaalmann, Präparandenlehrer Hirnheimer.) Alle jungen Juden Münchens, denen die Weihe eines häuslichen Freitagabends versagt ist, sind wie immer herzlichst eingeladen.

IV. **Junggruppe des JJV.** Heimnachmittage jeden Samstag, Herzog-Max-Straße 3/I.

a) für die Jüngeren um 15 Uhr.
b) für die Älteren um 17 Uhr.

V. **Delegiertentagung der JJV. in Regensburg.** Am Sonntag, dem 1. Dezember, fand unter zahlreicher Beteiligung aller Vereine die Delegiertentagung des Bayerischen Landesverbandes der Jüdischen Jugendvereine statt, in deren Mittelpunkt das mit begeistertem Beifall aufgenommene Referat von Dr. Keßler (München) über „Jüdischer Aktivismus" stand. An Stelle des nach

Saarbrücken versetzten Dr. Rülf (Bamberg) wurde Dr. Keßler zum ersten Vorsitzenden des Bayerischen Landesverbandes gewählt und die Geschäftsführung nunmehr nach München verlegt.

Die Israelitische Jugendhilfe E. V., die in diesen Tagen auf ein 25jähriges Wirken zurückblicken kann, hat sich in ihrem Jubiläumsbericht selbst das schönste Zeugnis ausgestellt; in einem Bericht, der jedoch jedes überflüssige Wort vermeidet und ganz sachlich, stichwortartig von der Entwicklung der Arbeit in den vergangenen Jahren erzählt, über die heutigen Verhältnisse Auskunft erteilt und schließlich noch eine Betriebsberechnung für das Jahr 1928 vorlegt. Über die augenblickliche Organisation sagt der Bericht: „Diese Wechselbeziehungen von praktischer Arbeit und finanzieller Hilfe haben dazu geführt, die Offene Jugendfürsorge nunmehr — seit dem 1. Januar 1929 — ganz zu vergemeindlichen, d. h. die Gemeinde finanziert die gesamte Offene Jugendfürsorge, beauftragt jedoch den Arbeitsausschuß des Vereins zur Weiterführung der Geschäfte in der bisher geübten Weise und ordnet in die regelmäßig stattfindenden Arbeitssitzungen ein Mitglied der Gemeindevertretung ab. Damit sind für die Gemeinde die eingearbeiteten Kräfte der freien Wohlfahrtspflege für die Offene Jugendfürsorge erhalten, unserer Arbeit aber ist ein sicherer und stärkerer Rückhalt gegeben. Im Gegensatz dazu bleibt die Beschaffung der Mittel sowie die Leitung und Arbeitsleistung für die geschlossene Jugendfürsorge: Kinderheim, Lehrlingsheim (letzteres gemeinsam mit der München-Loge) in unseren Händen.“ Dieses Ergebnis ist durchaus zu begrüßen; die Aufgaben der Jugendfürsorge können sicherlich auf solche Weise, die organisierte Wohlfahrtspflege und freiwillige Hilfstätigkeit vereinigt, am besten erfüllt werden.

Zur Feier ihres Jubiläums veranstaltet die israelitische Jugendhilfe am 27. November nachmittags ein Kinderfest und abends ein Festkonzert im Unionsaale. Der Besuch beider Veranstaltungen zeigte, welch großen Ansehens sich der Verein erfreut: Der Jubel der Kinder am nachmittag und der Beifall, der die erlesenen musikalischen Darbietungen lohnte, die freudige Stimmung, die noch lange die Besucher bei Tanz und fröhlicher Geselligkeit zusammenschloß, mag den Veranstaltern der schönste Dank für ihre nicht immer leichte Arbeit sein — zumal dann, wenn, wie angenommen werden darf, das finanzielle Ergebnis die Tätigkeit des Vereins in diesem schweren Winter wesentlich unterstützt.

Die Entstehung des Judentums

Der jüdische Kulturverein Perez hatte Herrn Dr. Raphael Straus zu einem Vortrag über „Die Entstehung des Judentums“ gewonnen. Der Vortragende behandelte jene entscheidende Epoche der jüdischen Geschichte, das babylonische Exil und die Zeit nach der Rückkehr, in der sich die Wandlung zur festorganisierten Religionsgemeinschaft vollzog. Es ist der Übergang von der israelitischen zur jüdischen Geschichte, die Entstehung des Judentums. Diese Wendung läßt sich schon bei dem Propheten des Exils, Ezechiel, wahrnehmen, sie wird dann bewußt gefördert und vollzogen durch Esra und Nehemia, die dem Judentum seine neue Gestalt gaben, in der es sich trotz aller Weiterentwicklung erhalten hat. Einen Schritt innerhalb dieser Entwicklung bedeutet auch — und zwar in ganz ähnlicher Weise — die Vergeistigung des Judentums und die Stärkung der Lehre nach der zweiten Zerstörung des Tempels und dem Untergang des jüdischen Staates.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez. Unser Vereinsabend fällt anläßlich des Konzertes vom Jüdischen Gesangverein aus. Wir ersuchen unsere Mitglieder, recht zahlreich zu diesem zu erscheinen.

Sonntag nachmittag, pünktlich 2.30 Uhr, Gesangs- und Theaterprobe im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße.

Die Romanfortsetzung mußte in dieser Nummer wegen der Berichterstattung über die Untersuchungskommission leider wegfallen.

Keren Kajemeth Lejisrael
Jüdischer Nationalfonds

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 29. November 1929

Spendenbuch: Frau F. S. anläßlich ihres 50. Geburtstages 5.—.

Allgemeine Spenden: Familie Max Bauer anläßlich des Hinscheidens ihres Sohnes Otto 10.—; Familie Schönfärber anläßlich eines Todesfalls 6.—; Familie S. Hirschmann anläßlich eines Todesfalls 2.—.

Wertzeichen: Jugendaktion, Walther Löwenthal für 20 Bausteine gesammelt 10.—.

Büchsen: durch Eva Mathilde Nußbaum: (Franz Steinhardt 13.—; Frau Henny Kahn 11.77; Graf 9.54; Siegfried Kahn 8.79; Dr. Liebstädter 5.18; August Ney, Stefan Erlanger, Dr. M. Nußbaum je 5.—; Julius Kahn 4.50) = 67.78.

Durch Rahel Nußbaum: (Wilhelm Aufochs 10.—; Frau Rosi Mendle 4.—; Dr. H. Geßner 2.80; Bernh. Bing 2.28; Josef Blumenfeld 1.70; Sal. Ehrlich 1.32; Robert Kohn, Dr. Grünspecht je 1.—) = 24.10.

Viktor Reichenberger 13.—; Dr. Landauer 9.50; Dr. B. Kronacher 5.05; Lilly Vorhaus 5.—; Ida Ehrenbacher 4.60; Heinrich Gutmann 4.37; Ludwig Bildstein 4.20; Dr. A. Löb, Frau N. Götz je 4.—; Dir. Jacobsohn 3.94; Rudolf Heller, Harry Bein, Nathan Bonné je 3.—; 8 Büchsen unter 3.— = 17.70) = 84.36. Summa: 209.24.

Seit 1. Oktober 1929 aufgebracht 1581.14 RM.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.